

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Druckerei: Aue 81 und 82, Adolph (Mit Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 552. Druckmaschinen: Zellstr. 10, Aue.

Wichtiges: Anträge für die am nächsten erscheinende Nummer bis spätestens 9 Uhr in den Anzeigebüro stellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorbestimmten Tage kann an bestimmter Stelle nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der nach dem Druckerey vorgelegenen Anzeigen. — Für die Aufnahme der Anzeigen ist eine bestimmte Gebühr zu zahlen. — Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Anzeigen bleibt bei den Anzeigenden. — Die Anzeigen werden nur für die Dauer der Aufnahme angenommen. — Die Anzeigen werden nur für die Dauer der Aufnahme angenommen. — Die Anzeigen werden nur für die Dauer der Aufnahme angenommen.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Erntedankfesten und Heiligabend. Der Preis für die 24 Nummern beträgt im Voraus 1 Mark 10 Pfennig, auswärts 1 Mark 20 Pfennig. Einzelhefte 5 Pfennig. Abonnementpreis 10 Mark. Die Redaktion ist in Aue, Erzgebirgische Straße 10, zu erreichen. Telefon 10225. Geschäftsstunden: von 9 bis 12 Uhr.

Nr. 283.

Sonntag, den 6. Dezember 1925.

78. Jahrg.

## Streiflichter.

### Was wird aus Versailles? Rücknahme der Kadaverlüge eine Tat? Der deutsche Künstler und der „preussische Kunstwart“ aus Galizien. Scheidemann von Zandvoort als Fürstenerfasser.

Die Hauptsache, um die es sich für Deutschland handelt, ist über dem Meinungsstreit der letzten Wochen und den Unklarheiten von London völlig in Vergessenheit geraten. Es handelt sich um die natürliche Frage: Soll Versailles ewig von Bestand sein? Von englischer Seite ist dann und wann, von deutscher Seite betont worden, daß Locarno den Anfang einer neuen Entwicklung bedeute. Zugleich ist aber, sobald auch nur Andeutungen über den Versailler Pakt fielen, von Frankreich und auch von England her energisch abgewinkt worden. Wie denkt man sich aber einen ersprießlichen Fortgang des angeblichen guten Einvernehmens, wenn die ungetragenen und auf bewußter Verkenntnis der Tatsachen beruhenden Bestimmungen des sog. Friedensvertrags verewigt werden sollen?

Daß die logische Konsequenz des „Freundschaftsvertrages“ von Locarno, der bekanntlich in seinem ersten Teile Frankreich die Zusicherung der Unverletzlichkeit seiner Ostgrenze verbürgt, und des Eintritts Deutschlands als gleichberechtigter Partner in den Völkerbund zunächst die völlige Räumung des besetzten Gebietes sein muß, ist auch von amtlicher deutscher Seite oft genug gefordert worden. Aber die Vertragsgegner denken gar nicht daran, diese natürlichste Folgerung zu ziehen. Wir wissen heute noch nicht einmal, ob Frankreich seinen Standpunkt aufgegeben hat, der bekanntlich bis vor nicht allzulanger Zeit dahin festgelegt war, daß der Lauf der Befreiungsarbeiten der zweiten und dritten Zone noch nicht einmal begonnen habe. Abgesehen davon enthält der Pakt von Versailles zahlreiche andere Bestimmungen, die ein freundschaftliches, unmöglich machen. So sei daran erinnert, daß er aufgebaut ist auf der Lüge von Deutschlands alleiniger Schuld am Weltkrieg. Wohl hat die deutsche Regierung dieses Schuldanerkenntnis von 1920, wenn auch nicht in der wünschenswerten Form, widerrufen, aber bisher hat noch nichts darüber verlautet, daß die Gegner von dem Widerruf Notiz genommen oder gar ihn anerkannt hätten.

Wie dickfellig die Gegner sind, wenn es gilt, auch nur die größten und kirchlichsten Verleumdungen Deutschlands aus der Welt zu schaffen, dafür ist ein Beweis die sog. Kadaverlüge. Bekanntlich war während des Krieges in der englischen Presse behauptet worden, die Deutschen hätten dem (durch die völkerrechtswidrige englische Blockade entstandenen) Getreidemangel dadurch abgeholfen, daß sie die Leichen der Gefallenen und Gestorbenen zu Seife verarbeitet hätten. Trotz allen Drängens vernünftiger Parlamentarier hatte die englische Regierung sich geweigert, diese unerschämte und lächerliche Verleumdung als das zu erklären, was sie ist, nämlich als eine Ausgeburt der fluchwürdigen Phantasie der Northcliffe'sten. Jetzt hat Dr. Luther persönlich Chamberlain „unter Berufung auf die Autorität der deutschen Regierung“ mitgeteilt, daß die Kadavergeschichte „niemals irgendeine Begründung gehabt“ habe. Daraufhin hat sich Chamberlain bewogen gefühlt, im Unterhause zu erklären, daß die britische Regierung dieses „Dementi“ annehme und darauf vertraue, daß dieser falsche Bericht niemals wieder aufleben werde.

Bezeichnend ist, was eine angeesehene deutsche Zeitung zu diesem Vorfall schreibt:

Chamberlains Auftreten gegen das Leichenfettmärchen ist eine staatsmännische Tat, die ihm Ehre macht. Es gehört Mut dazu, das soll anerkannt werden.

So weit sind wir schon, daß die endliche Zurückweisung einer solchen Verleumdung als eine staatsmännische Tat angesehen wird! Und soweit ist der „Geist von Locarno“ schon vorgeschritten, daß es einer persönlichen Intervention des deutschen Reichsfinanzministers bedurfte, um den englischen Außenminister dazu zu bringen, nicht etwa sein Bedauern auszusprechen, daß sich die Kadaverlüge noch 7 Jahre nach dem Kriege unter dem Protektorat der englischen Regierung halten konnte, sondern nur ein „Dementi“ anzunehmen. Wenn die

unzähligen Bösartigkeiten, die über Deutschland heute noch verbreitet sind, auf dem langwierigen Wege „staatsmännischer Taten“ einzeln beseitigt werden müssen, dann wird der „Geist von Locarno“ Jahrhunderte brauchen, ehe seine Wirkungen auf dem natürlichsten Gebiete, dem der Wiederherstellung der Wahrheit, zu spüren sind.

Immerhin hat die Reise des Kanzlers und des Außenministers wenigstens den Erfolg gehabt, Chamberlain zu dieser „staatsmännischen Tat“ zu veranlassen. Somit sind die Resultate, wie der „E. B.“ schon ausführte, gleich Null. Die Bewährungsfrist, von der unsere Minister sprachen, ist ergebnislos verstrichen und von einer Besserung der Gegner ist nichts zu spüren. Wir haben trotzdem unterzeichnet, wir mußten unterzeichnen, nachdem die geschickte Taktik von London und Paris ein Zurück unmöglich machte. Ein Berliner demokratisches Blatt, das stramm für Locarno und London war, bringt nun, um seine Leser von dem Mißerfolge abzuwenden, schöne Bilder, z. B. von dem „schweizerischen Kellner“, der Dr. Luther das Essen serviert, und dem „französischen Dienstmädchen“, das für Dr. Stresemann wohlwollende Nachtrübsorgt. Die „Großmacht“ Presse, besonders die Berliner, die voll Beachtung auf die Propagandakampagnen zu bilden versteht, bringt so den Beweis dafür, daß Takt und guter Geschmack noch lange nicht ein selbstverständliches Gemeingut der deutschen Öffentlichkeit ist.

Für die Ablenkung des p. t. Publikums von den weltgeschichtlichen Geschehnissen wird von der bezeichneten Presse auch sonst noch gesorgt. Mit der Affäre Schillings fällt sie ihre Spalten. Mag sein, daß dem Berliner Intendanten vom preussischen Kultusminister bitteres Unrecht zugefügt worden ist. Aber wozu denn deshalb diese Aufregung? Kommt es denn nicht jeden Tag vor, daß der Mächtigere dem Schwächeren seine Macht fühlen läßt? Es gab einmal eine sächsische Regierung, die verdiente und tadellose Staatsbeamte reihenweise aus dem Amte jagte, und wenn die Demokratie beiderlei Gestalt ans Ruder kommen wird, dann wird auch im Reiche ein gleicher Aufwisch vorzugehen. Und kein Berliner demokratischer Dahn wird darum trüben. Von der pikanten Sauce, die zur Sache Schillings gehört, wird allerdings wenig Aufhebens gemacht. Es sind nämlich zwei Genossen, welche dem bürgerlichen Kultusminister die Suppe eingebrockt haben. Sie heißen Dr. Seelig und Leo Kestenberg. Wer der letztere ist, darüber berichtet der „Deutsche Vorwärts“ folgendes:

Vor etwa zwanzig Jahren kam aus der Gegend zwischen Wien und Bemberg ein junges, schwarzlockiges Burschen mit wulstigen Lippen und höchst arrogantem Auftreten. Es schien ihm nicht gerade glänzend zu gehen, und der Genosse Buchdrucker König aus dem ehemals 2. Berliner Wahlkreise erzählt heute noch, wie Kestenberg mit ausgefranzten Höfen hier angelangt sei. Wie alle Leute seiner Art, hatte er sich sehr bald in der sozialdemokratischen Partei eingemischt und arbeitete mit der Zähigkeit und Zielstrebigkeit, die man bei diesem Volkstamm immer wieder bewundern muß, Schritt für Schritt auf seinem Wege vorwärts. Damals produzierte er sich auch einmal in öffentlichen Konzerten am Flügel, fand aber keine glänzende Kritik und zog sich deshalb misgünstig zurück, die weil die Barausen von Kritikern in ihm durchaus keinen zweiten Liszt erkennen wollten. Um so energischer warf er sich jetzt auf die Kunst in der Partei, da bekanntlich unter Blinden der Eindringliche immer König ist. Er ging dabei sehr rücksichtslos vor und räumte jede Konkurrenz aus dem Wege, ja, er schonte noch nicht einmal seine Stammesgenossen und ging gegen seinen älteren Kollegen Guttman in einer Weise vor, die der sächsische Chefredakteur Stamper vom „Vorwärts“ als „brutal“ bezeichnete. Einige Zeit nach der Revolution suchte Genosse Kestenberg plötzlich als „Kunstwart“ für Preußen mit dem Titel Professor auf. Alle Welt war erstaunt, sofern

Amliche Bekanntmachungen befinden sich in der Beilage.

man damals überhaupt noch staunen konnte. (Es gab ja in ganz Preußen keinen anderen Menschen, der diesen Posten hätte übernehmen können!) Als einmal ein deutscher Sozialdemokrat, der auf künstlerischem Gebiet sehr beschlagen ist, gefragt wurde, wer denn Kestenberg zum Professor gemacht habe, antwortete er ganz trocken: „Er sich selbst!“

So etwas sieht heutigentags noch im preussischen Kultusministerium und spielt den Richter über verdiente deutsche Künstler!

Mit dem „richten“ ist es so eine eigene Sache. Bekanntlich hatte die demokratische Fraktion einen Antrag im Reichstag eingebracht, durch den die Entscheidung über die sog. Abfindung der ehemaligen deutschen Fürsten dem Rechtsweg entzogen werden soll. Ueber diesen bolschewistischen Geschmack mag man streiten. Ein ganz ausgeprochener Mißgriff war es aber, daß die sozialistische Fraktion ausgerechnet Philipp Scheidemann als Redner zu diesem Kapitel herausstellte. Der ehemalige kaiserliche Staatssekretär war in seinem Element. Mit der ihm eigenen Demagogie, in der er allen anderen Reichsboten über ist, fraß er alles, was Fürst ist und was sich nicht zur Republik, wie er sie sich denkt, bekennt. Mit einer Träne in dem treuen Auge verbanderte er: „Unser armes Volk lebt im Elend, in das es durch die Fürsten gestochen worden ist.“ Nun, Hr. Scheidemann, Sie haben sich da selbst überzogen. Wer das Volk ins Elend gestochen hat, darüber zu urteilen, sind Sie gewiß zuletzt berufen. Und was kümmerte Sie einst das unter der Nachkriegsblutlodge in Elend und Hunger zusammengebrochene Volk? Sie saßen als Gast Parmats im ersten Hotel des holländischen Kurortes Zandvoort und lebten dort von dem Gelde des Großschäfers, an dem die Tränen Ihrer verzweifelten Landsleute kleben. Und wenn Sie im Lande waren, da feierten Sie damals in Ihres Genossen Helfphand-Parous Schlosse zu Schwanenwerder mit die lüppigsten Feste. Noch heute, wo Sie als zwar sehr rüftiger, aber im Ruhestand lebender Oberbürgermeister Miene einkünfte beziehen, kann man Sie in den ersten Hotels an einem Tisch mit ehemaligen preussischen Prinzen sehen. Nein, es steht Ihnen sehr schlecht zu Gesicht, wenn Sie, ausgerechnet Sie, Eindruck bei den „Proleten“ schinden wollen, denen Sie ein ganz und gar nicht proletarisches Leben vorleben.

### Tschechische „Rechtspflege“.

Prag, 4. Dez. Zu Beginn der diesjährigen Frühjahrsmesse war bekanntlich eine Bande tschechischer Faschisten in die Gasthäuser des Deutschen Hauses in Prag eingebrochen und hatte von den dort anwesenden Gästen, besonders Studenten, verlangt, daß sie die Röhren und Bänder ablegten. Als diese sich nicht sofort der Aufforderung fügten, hatten die Banditen auf die Studenten mit Säcken dreingeschlagen, und erst nach herbeigeholter Hilfe hatte dem Ueberfall ein Ende machen können. Heute hatten sich nun diese tschechischen Helden vor dem Landesgericht wegen Hausfriedensbruch zu verantworten. Der Senat sprach jedoch sämtliche Angeklagten von diesem Verbrechen frei, da ihnen „eine böse Absicht nicht nachgewiesen“ werden könne.

### Der Terror in Südtirol.

München, 4. Dez. Sämtliche deutschen Richter in haben die Aufforderung erhalten, einen Ort in Südtirol als Amtssitz zu wählen. Sie werden zwangsweise in rein italienisches Gebiet veretzt und durch italienische Richter ersetzt.

Berlin, 4. Dez. Der Ausschuss für vaterländische Arbeit der Deutschen Burschenschaft erläßt folgende Rundgebung: Die Deutsche Burschenschaft richtet in ernster Besorgnis die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf Tirol und Kärnten. In Südtirol wird das Deutschtum aufs Blut unterdrückt, gegen Nordtirol mehrten sich die Drohungen Italiens, gegen Kärnten richten sich jetzt erneut die Anstrengungen der Führer Südtirols. Kärnten und Tirol, zwei Kernstücke der letzten Republik Österreichs, sind von Feinden stärker denn je bedroht. Wenn diese Kernstücke fallen, vergeht Österreich; wenn Österreich vergeht, verdirbt das Deutsche Reich. Die Deutsche Burschenschaft gelobt Tirol und Kärnten die Treue. Sie wird zu ihrem Teil mit ganzer Kraft dahin wirken, daß die Wäner der Ufurpatoren aufgehoben werden, und daß ein großdeutsches Reich in der Zukunft entsteht, getragen von dem einheitlichen Willen aller Schichten unseres Volkes.